

Als Gesellschaft für Medienwissenschaft, die vielfältige Beziehungen zu türkischen Kolleg*innen und Institutionen pflegt, sind wir besorgt über die umfangreichen Maßnahmen gegen Wissenschaftler*innen und Journalist*innen in der Türkei, die im Zuge des Ausnahmezustandes nach der Niederschlagung des Putschversuchs am 15. Juli 2016 von massenweisen Suspendierungen, Entlassungen, Strafverfolgung und Disziplinarmaßnahmen betroffen sind.

In einer demokratischen Gesellschaft tragen die Sektoren der Massenmedien und der Hochschulen besondere Verantwortung für das Wissen um gesellschaftliche und kulturelle Verhältnisse. Dazu gehören Berichterstattung, investigativer Journalismus und die Ermöglichung politischer Meinungsbildung, aber auch die kritische Befragung der Gegenwart sowie die Erforschung und Vermittlung alternativer Perspektiven auf die Welt. Freie Meinungsäußerung, Redefreiheit, sowie kritisches eigenständiges Denken gehören daher zu den Grundbedingungen akademischer Forschung und massenmedialer Berichterstattung in einer demokratischen Gesellschaft.

Weder die Unterzeichnung eines Aufrufs zum Frieden noch unbequeme Berichterstattung aus Krisengebieten legitimieren die massenweisen Entlassungen, Verhaftungen und Verfolgungen von Presseangehörigen und Hochschulangehörigen ohne Möglichkeit diese von legaler Seite überprüfen zu lassen.

In Solidarität mit unseren Kolleg*innen in der Türkei und im Interesse der akademischen Freiheit sowie der Pressefreiheit rufen wir Präsident Erdoğan und Ministerpräsident Yıldırım daher auf, die Unabhängigkeit von Wissenschaft und Presse zu respektieren, die Entlassungen und Verfolgung von Mitgliedern und Institutionen der Wissenschaft und Massenmedien zurückzunehmen und die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze zu gewährleisten.